

Wolfgang Bosbach, MdB- Rede am 26.03.2009 in der Aktuellen Stunde auf Verlangen der Fraktionen CDU/CSU und SPD zum Thema:

Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet

Wolfgang Bosbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt im Deutschen Bundestag eine Fülle von strittigen Themen. Das ist nicht weiter schlimm; das gehört zum Wesen einer lebendigen Demokratie. Es muss aber auch politische Themen geben, bei denen fraktions- und parteiübergreifend Einigkeit besteht. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sage ich - als Vertreter ohne Vertretungsmacht sage ich das auch für alle anderen Fraktionen -: Wir wollen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie entschlossen bekämpfen, wo immer wir das können - nicht nur, aber auch im Internet.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und der LINKEN)

Kinderpornografie ist ein abscheuliches Geschäft, mit dem man Millionen verdienen kann, und zwar mit dem Leid von Jugendlichen und Kindern, ja sogar von Kleinstkindern; ein Drittel aller Opfer ist unter drei Jahre alt.

Wir freuen uns, dass wir eine Ministerin haben, die dieses Problem nicht nur wortreich beschreibt und beklagt, die nicht nach der Methode „Ich habe für jede Lösung ein Problem“ arbeitet, sondern für jedes Problem eine Lösung sucht. Frau Ministerin von der Leyen, wir sind Ihnen für Ihre Initiative von Herzen dankbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Entwicklung ist besorgniserregend; Besitz und Verbreitung von Kinderpornografie spiegeln sich in der polizeilichen Kriminalstatistik wie folgt wider: 1995 gab es 414 Fälle mit 1 350 Tatverdächtigen; 2006 gab es 7 300 Fälle mit 5 700 Verdächtigen; 2007 gab es 11 350 Fälle mit knapp 10 000 Tatverdächtigen.

Das Internet ist nicht nur eine fantastische technische Errungenschaft und Einrichtung. Es wird leider immer häufiger auch als Werkzeug zur Begehung von Straftaten benutzt. Bei der Kinderpornografie im Internet gab es von 2006 auf 2007 einen Aufwuchs von 111 Prozent. Wir schätzen, dass es im Internet 50 000 bis 60 000 Seiten mit kinder- und jugendpornografischem Inhalt gibt. Manche Videos werden bis zu 50 000-mal pro Monat angeklickt. Das zeigt die gewaltige Dimension des Problems.

Es soll keiner sagen, er habe diese Bilder ja nur angeklickt und der Kindesmissbrauch sei ja schon vorher geschehen; denn sonst gäbe es diese Präsentation im Internet nicht. Diese Argumentation ist pervers; denn jeder, der ein solches Bild anklickt bzw. eine solche Präsentation herunterlädt, stiftet andere an, erneut Kinder für diesen Zweck zu missbrauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie der Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE) und der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es gibt Länder, die mit dem Sperren solcher Seiten im Internet bereits Erfahrungen gesammelt haben. Teilweise geschah dies auf vertraglicher Basis, teilweise auf gesetzlicher Basis. Betrachten wir die Erfahrungen des Landes Norwegen und rechnen wir die Zahlen Norwegens auf die Verhältnisse in Deutschland um: Durch die Sperrung dieser Seiten könnten wir zwischen 300 000 und 400 000 Aufrufe pro Tag verhindern.

Wir wollen ein zweistufiges Verfahren, und zwar zunächst und sofort eine vertragliche Vereinbarung mit den Providern. Es ist bedauerlich, dass sich die Bundesministerin der Justiz nicht in der Lage sieht, ein solches vertragliches Verfahren mitzutragen.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht auch gar nicht!)

Das ist aber nicht weiter dramatisch; denn wir wollen ja auch ein Gesetzgebungsverfahren in Gang setzen. Die Gesetzgebungszuständigkeit liegt hier beim Bundesminister für Wirtschaft. Dort ist sie in guten Händen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Renate Gradistanac (SPD): Das bezweifle ich! Wo ist er denn? - Caren Marks (SPD): Er ist leider nicht anwesend! - Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn das für eine Behandlung der Justizministerin?)

Wer jetzt sagt, dass die Sperrung kinderpornografischer Seiten an die Bemühungen der chinesischen Regierung erinnert, Zensur auszuüben, der hat nichts begriffen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Kerstin Griese (SPD))

In China geht es darum, regierungskritische Äußerungen zu verbieten, sodass sich das Ausland nicht über die Verhältnisse in diesem Land informieren kann. Das ist etwas völlig anderes als die Sperrung kinderpornografischer Seiten, die ohnehin verboten sind. Hier geht es nur darum, dass wir mittels Technik verhindern, dass Straftaten begangen werden können - nicht mehr und nicht weniger. Es ist ja nicht so, als sei das alles straflos. Das war schon immer strafbar.

Wir können diesen Markt wahrscheinlich auch nicht austrocknen. Mit ihrer Aussage in der heutigen Ausgabe, die Maßnahmen seien nur begrenzt wirksam, hat die *Süddeutsche Zeitung* recht. Aber das ist doch ein völlig schräges Argument gegen die Initiative. Mir ist eine Maßnahme, mit der eine begrenzte Wirkung erzielt wird, lieber, als ein Unterlassen, das eine unbegrenzte Wirkungslosigkeit zur Folge hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD - Renate Gradistanac (SPD): Das ist nicht die Alternative!)

Es geht nicht nur, aber zunächst darum, dass wir mit den Providern Verträge abschließen. Das soll in den nächsten Tagen geschehen. Deswegen sollte man noch einmal die benennen, die bereit sind, eine solche Unterzeichnung zu leisten: Bis zur Stunde sind das Telekom, Vodafone/Arcor, Telefónica und O₂. Daneben gibt es noch zwei Provider, die auf dem Wege sind und sich ein bisschen beeilen sollten: Das sind Kabel Deutschland und Hansenet/Alice.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind keine Vertragspartner!)

Die FDP hat gestern beklagt, dass Ministerin von der Leyen Provider benannt hat, die nicht bereit sind, auf freiwilliger Basis mit dem Bundeskriminalamt zu kooperieren.

(Zurufe von der FDP)

Die FDP hat gesagt: Die Nennung ist problematisch; denn das könnte die Provider ja in Verlegenheit bringen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Soll sie ja auch!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Bosbach.

Wolfgang Bosbach (CDU/CSU):

Ich bin gleich fertig.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ja, bitte.

Wolfgang Bosbach (CDU/CSU):

Für diese Argumentation habe ich sogar Verständnis. Deswegen tue ich das hier noch einmal.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Nein, Herr Kollege Bosbach.

Wolfgang Bosbach (CDU/CSU):

Bis zur Stunde sind United Internet/1&1, Freenet AG und Versatel nicht dazu bereit. Wir sollten sie dringend darum bitten, sich einer Vereinbarung nicht zu verschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)